

6.2 Sozialkritik und Potenziale demokratisch-ökologischer Klassenpolitik

Im Folgenden möchte ich nun Schlussfolgerungen aus der bisherigen Analyse ziehen. Welche objektiven und subjektiven Potenziale gibt es hier für eine tragfähige gesellschaftliche Allianz, welche Elemente in der popularen Ideologie können aufgegriffen werden, welche Gegensätze und Widersprüche existieren darin und müssten vermittelt werden? Das gilt insbesondere mit Blick auf Deutungen zur Ungleichheitsentwicklung, auf Reformwünsche und Ansprüche an die Wohlfahrtsstaatspolitik, darauf, was überhaupt als drängende Probleme im Land wahrgenommen wird, aber auch auf verbreitete Sichtweisen auf Politiker*innen und Parteien.

Bevor ich mich nun der soziologischen Bewertung sowie Einbettung (siehe Kap. 6.2.1) zuwende und dann politische Schlussfolgerungen ziehe (siehe Kap. 6.3), möchte ich ein letztes Mal an den besonderen Charakter meiner empirischen »Basis« erinnern. Gesprochen habe ich im Rahmen meiner Deutungsmusteranalyse (siehe Kap. 5.3) mit Beschäftigten aus dem gewerkschaftlichen Milieu, darunter etwa ein Drittel Betriebsräte. Sie einte, dass sie in den drei Jahren bevor unser Interview stattfand, an irgendeiner Form des Arbeitskonfliktes teilgenommen haben. Wenn man, so die Ausgangsannahme, Anknüpfungspunkte für transformatorische bzw. links-ökologische Politik finden könnte, dann insbesondere bei Menschen, die sich in Konflikten engagiert haben. Meine Interviewpartner*innen waren zwischen 35 und 60 Jahre alt, etwa die Hälfte zwischen 35 und 50 Jahre. Beschäftigte, die unter 30 waren, habe ich nicht interviewt. Frauen waren 28 Prozent meiner Untersuchungsgruppe, während es 2021 rund 51 Prozent der Gesamtbevölkerung waren. Über einen Migrationshintergrund im weiteren Sinne verfügten nur 3 meiner Gesprächspartner*innen (oder 7,5 Prozent), während rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung auf eine Migrationsgeschichte zurückblicken kann. Kurz: Meine Untersuchungsgruppe ist älter, sie ist vergleichsweise »männlich« und relativ nicht-migrantisch. Zu bedenken ist auch: Zwar habe ich, wie oben erwähnt, Beschäftigte aus drei wichtigen Branchen interviewt (vier, wenn man die Busfahrer*innen berücksichtigt, die in der Kurzbefragung interviewt wurden), die sich u.a. hinsichtlich der Beschäftigungs- und Lebenssituation deutlich voneinander unterscheiden. Gleichwohl handelt es sich sowohl bei der Analyse der Deutungstendenzen (siehe Kap. 5.2) als auch der Deutungsmuster lediglich um ein Mosaiksteinchen qualitativer Empirie innerhalb eines größeren Mosaikbildes popularer Anschauungen. Deutungsmuster etwa bei Erzieher*innen, bei kommunalen Verwaltungsangestellten der Sozialarbeiter*innen, also Gruppen, die zur lohnabhängigen Mittelklasse gehören, könnten gänzlich anders aussehen. Dasselbe gilt für Arbeiter*innen, die Tiere schlachten, zerlegen und verpacken, die Pakete ausliefern, die in Callcentern Beschwerden aufnehmen oder Hilfestellungen leisten. Nichtsdestotrotz möchte ich, ohne zu verallgemeinern, im Folgenden allgemeinere Schlussfolgerungen ziehen.

6.2.1 Entwicklungen auf den Terrains der Klassenungleichheit und der populären Ideologien

Je nachdem, wie sich die soziale Ungleichheit zwischen und innerhalb der populären Klassen entwickelt, kann das Terrain für demokratische Klassenpolitik (un-)günstiger aussehen. Wie Esping-Andersen in seiner Studie »Politics Against the Market« (Esping-Andersen 1985) herausgearbeitet hat (siehe Kap. 1.2 und 2.1 bis 2.2), erschweren soziale Ungleichheiten und Konkurrenz zwischen den Angehörigen einer Klasse das gemeinsame solidarische Handeln. Die soziale Polarisierung zwischen herrschenden Klassen auf der einen Seite und den Angehörigen der populären Klassen auf der anderen Seite würde hingegen ein günstiges Terrain schaffen, noch dazu, wenn sich innerhalb der Arbeiter*innenklasse, der lohnabhängigen Mittelklasse und des traditionellen Kleinbürgertums ähnliche Existenzbedingungen und damit Erfahrungswelten entwickeln würden (Poulantzas 1975, 177f).

Entstanden ist durch vier Jahrzehnte der Neoliberalisierung eine Klassengesellschaft, die auch von vielfältigen sozialen Ungleichheiten innerhalb der populären Klassen durchzogen wird. Meine Diagnose, die ich in Kapitel 4 ausführlich begründet habe, lautet, dass sich ein zerklüftetes Klassenterrain herausgebildet hat, auf dem ein Teil der Arbeiter*innenklasse – ein unteres Fünftel bis Drittel – von Deklassierung bedroht ist, während die Mitte aus Arbeiter*innenklasse und lohnabhängiger Mittelklasse einen prekären Wohlstand bewahren konnte, trotz Druck und Verunsicherung, der die neue Arbeitswelt durchzogen hat³. Die Angehörigen der Arbeiter*innen- und auch der Mittelklasse und des Kleinbürgertums blicken heute außerdem viel häufiger auf eine Einwanderungsgeschichte zurück als vor 40 Jahren, sie sind im Durchschnitt deutlich besser qualifiziert und der Frauenanteil an dem Teil, der in den Arbeitsmarkt integriert ist, ist höher.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Die Angehörigen der populären Klassen leben und arbeiten unter deutlich unterschiedlichen Bedingungen, die möglicherweise auch mit unterschiedlichen subjektiven Verarbeitungsweisen ihrer Lage und trennenden (oder: verbindenden?) politischen Orientierungen verbunden sein könnten. Vier wichtige Differenzierungslinien, auf die ich hingewiesen habe, möchte ich in Erinnerung rufen: (1) Beschäftigte, die direkt vom fossil-industriellen Kapital abhängen vs. Beschäftigte, deren Existenz »lediglich« indirekt damit verbunden sind; (2) Teile der Klassen, für die Formen weit verbreiteter prekärer Arbeit zur betrieblichen Normalität gehören vs. Teile der Klassen, für die prekäre Arbeit »nur« an den betrieblichen Rändern eine Rolle spielt; (3) Teile der Klassen, die über mittlere und höhere Löhne und eine gesicherte gewerkschaftliche Vertretung verfügen vs. Teile der Klassen, denen niedrige oder sogar

3 Die Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft beruhte u.a. auf Massenarbeitslosigkeit, die die Arbeitsmarktmacht der Beschäftigten und Erwerbslosen verringert hat. Ob Fachkräfteengpässe, über die vielfach berichtet wird, zu einem Rückenwind für abhängig Beschäftigte und ihre Gewerkschaften werden und einen Entprekarisierungsschub ermöglichen, wird sich in der Zukunft zeigen. Meine Analyse der prekären Zweidrittelgesellschaft reicht bis 2020/21, den Jahren, in denen ich die Interviews für die eigene empirische Analyse geführt habe.

Niedriglöhne gezahlt werden und die um gewerkschaftliche Anerkennung noch kämpfen müssen; (4) Teile der Klassen, die auf eine eigene Einwanderungsgeschichte zurückblicken vs. Teile der Klassen, die schon lange (in dritter oder vierter Generation) hier leben. Diese prekäre Zweidrittelgesellschaft habe ich (siehe Kap. 4.5) als einen hochmodernen Schnellzug bezeichnet, der auf den ökologischen Abgrund zurast – ein Schnellzug, in dem wir alle sitzen, aber in unterschiedlichen Klassen, unterschiedlich bequem und mit unterschiedlichem Einfluss auf Richtung und Geschwindigkeit. Ein Zug, der nur zum Stehen gebracht werden kann, wenn sich die Reisenden der unteren Klassen zusammentun.

Tabelle 50: Entwicklungslinien materieller Ungleichheiten in der Zweidrittelgesellschaft und politische Nutznießende

Gegenstand	Entwicklung	Nutznießende politische Projekte
Klassenstruktur	Mehr Beschäftigte in den lohnabhängigen Klassen, langfristiger Rückgang des Kleinbürgertums. Neuzusammensetzung der lohnabhängigen Mittelklassen, Neuzusammensetzung der Arbeiter*innenklasse.	Wachstum der lohnabhängigen Klassen ist positiv für Projekte, die soziale Anliegen von Lohnabhängigen aufgreifen. Die Lage der Mittelklasse, die an die Reproduktion von Staats- bzw. Unternehmensbürokratien gekoppelt ist, ist in Projekten zu berücksichtigen, die Wirtschaft und Staat demokratisieren wollen, weil dabei Privilegien, Wissenshierarchien und Machtbefugnisse in Frage gestellt werden
Branchen	Wachstum der Dienstleistungs-, langfristiger Rückgang der Industriebeschäftigung.	Neutral.
Schichtung	Zunahme mittlerer und höherer Qualifikation, einfache Bildungsabschlüsse werden insbesondere in den jüngeren Generationen seltener/Rückgang mittlerer Einkommensgruppen, Zuwachs der oberen und unteren Gruppe. Anstieg der Armutsquote.	Herausforderung ist, Bündnis zwischen Bildungsschichten zu knüpfen/ Widersprüchliche Folge der Einkommensverteilung: Herausbildung sozialer Problemrohstoffe für mitte-linke Projekte vs. Ausdifferenzierung der Lebensverhältnisse und Probleme.
Soziale Sicherheit	Zunahme von Befristungen und Zeitarbeit, prekäre und atypische Beschäftigung sind insgesamt stark gewachsen.	Stärkung von mitte-rechten Projekten, weil soziale Unsicherheit Lohnabhängige diszipliniert. Zugleich können Problemrohstoffe von mitte-linken Projekten aufgegriffen werden.

Erwerbslosigkeit	Strukturelle Arbeitslosigkeit, die auch in den jüngeren Phasen anziehender Konjunktur nicht verschwunden ist. Vor Corona-Pandemie und Ukrainekrieg Rückgang der Erwerbslosigkeit, in einzelnen Branchen Fachkräftemangel.	Angst vor Erwerbslosigkeit schwächt Lohnabhängige, stärkt mitte-rechte Projekte vs. Erwerbslosigkeit als Problemrohstoff. Sinkende Arbeitslosigkeit und punktueller Fachkräftemangel stärken die Marktmacht der Beschäftigten.
Erwerbsbeteiligung	Mehr Frauen	Neutral
Immigration	Zunahme von Menschen mit (direktem) Migrationshintergrund	Normalisierung von Multikulturalität vs. Sozial-nativistische/rassistische Mobilisierung
Gewerkschaftliche Organisationsmacht und institutionelle Arbeitnehmer*innenmacht	Abnahme und Ausdifferenzierung von Lohnabhängigenmacht: Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, der Verbreitung von Tarifverträgen und Betriebsräten.	Schwächt mitte-linke Projekte, weil die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit in der politischen Arena sinkt. Der Rückgang von Tarifverträgen und Betriebsräten fördert die Auseinanderentwicklung der Einkommensverhältnisse. Geringere organisatorische und institutionelle Macht, schwächere gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit schwächt die Basis für konfliktorientierte (mitte-)linke Projekte.
Ökologischer Umbau von Produktionsweisen, Steuerung von Konsumweisen	Ökologischer Umbau innerhalb des strategischen Rahmens einer marktorientierten Klimaschutzpolitik nimmt zu. Ungleiche Betroffenheit unterschiedlicher Teile der Arbeiter*innenklasse, der Mittelklasse und des Kleinbürgertums vom Umbau der Wirtschaft – vermittelt darüber, wie abhängig Beschäftigung vom fossilen Kapital ist. Ungleiche Verteilung von Einkommen und damit der Möglichkeit, etwaige Mehrkosten in der Lebenshaltung zu tragen, die durch Klima- und Umweltschutz entstehen; ungleiche Verteilung der Qualifikationen, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden, wenn Branchenwandel infolge ökologischen Umbaus. Unterschiedliche Verantwortungen für Klimazerstörung – abhängig u.a. von Einkommen: je höher das Einkommen, desto größer tendenziell der ökologische Fußabdruck.	Umbau der Wirtschaft und Veränderung der Lebens- und Konsumweisen können Verweigerungskoalitionen mobilisieren, also nicht zuletzt dem antiökologisch nationalradikalen Projekt nutzen. Es entstehen zugleich Problemrohstoffe (z.B. soziale Gestaltungsbedürftigkeit von industriellem Umbau, industriepolitische Herausforderungen für Regionen etc.), die von einem links-ökologischen Projekt aufgegriffen werden können.

Quelle: Eigene Darstellung

Jedes politische Projekt lebt von klaren Reformalternativen, die Bedürfnisse bzw. Interessen relevanter Bevölkerungsgruppen aufgreifen (während sie gegen die von anderen verstößen). Eine Reformalternative, ein grundlegendes Entwicklungsmodell (Ingrao/Rossanda 1995, 112), das von politischen Projekten vorgeschlagen wird, muss an die Gesellschaftskritik und Unzufriedenheit, an Interessen und Ansprüchen, an Solidaritäts- und Ordnungsvorstellungen relevanter Teile der Arbeiter*innenklasse, der Mittelschicht und des traditionellen Kleinbürgertums anknüpfen, sie aufgreifen. In Kapitel 5.1 habe ich wichtige Trends auf dem Terrain der populären Ideologien nachgezeichnet: ein Unbehagen an zu großer sozialer Ungleichheit, ein Unbehagen an der Politik, einen Wunsch nach einem starken Wohlfahrtsstaat, eine schichtübergreifende aber klassenspezifische Klimabewusstheit und eine verbreitete Fremdenfeindlichkeit.

Auf diese Trends bin ich auch in den Interviews und in der qualitativen Kurzbefragung gestoßen, die meiner eigenen empirischen Analyse zu Grunde lagen. Die empirischen Befunde legen aber sehr unterschiedliche Bedeutungsgehalte frei, die sie innerhalb der Deutungsmuster annehmen. Darauf gehe ich weiter unten ein, zunächst möchte ich wichtige Deutungen skizzieren, die sich in Kap. 5.2 und 5.3 quer zu den rekonstruierten Deutungsmustern abzeichnen, wenn auch nicht in allen Interviews.

(1) Die Betriebe werden in den langen Problemzentrierten Interviews, auf denen die Deutungsmusteranalyse beruhte, überwiegend als Orte des Unbehagens gesehen, teilweise als Kampfzonen, was nicht zuletzt damit zu tun haben dürfte, dass ich mit Menschen gesprochen habe, die mehr oder weniger stark an betrieblichen Auseinandersetzungen beteiligt gewesen sind. Die konkreten Leiderfahrungen unterschieden sich, tendenziell litten Industriebeschäftigte unter Zeit- und Arbeitsdruck, teilweise ist Lohnunzufriedenheit verbreitet, kombiniert mit Missachtungserfahrungen; die interviewten Handelsbeschäftigte hatten tendenziell mit mangelhaften Mitbestimmungsstrukturen zu kämpfen, Lohndefizite und monotone Arbeit belasteten; die Krankenhausbeschäftigte dagegen litten unter Arbeitsbedingungen, die den konkreten Gebrauchswert »guter Pflegearbeit« unterliefern.

Diese Befunde stehen im Kontrast zu anderen Ergebnissen der jüngeren Lohnabhängigenbewusstseinsforschung, die beispielsweise auf ein Betriebsbewusstsein bei Arbeiter*innen gestoßen war, in dem der eigene Betrieb als »sicherer Hafen« in einer stürmischen gesellschaftlichen See erschien (Dörre/Hänel/Holst/Matuschek 2011, 22). So waren etwa Stefanie Hürtgen und Stephan Vossinkel in ihrer Studie »Nichtnormale Normalität« auf eine Verarbeitungsweise bei Beschäftigten gestoßen, die man als »Sondersituationsdeutung« bezeichnen könnte: Die eigene betriebliche Lage wird als gut und normal bewertet, damit aber als eine Sondersituation. Schon an den Rändern des »eigenen« Unternehmens geht es den Beschäftigten schlechter, sicherlich aber ist es in anderen Unternehmen und Branchen so (Hürtgen/Vossinkel 2014, 345). Mit Ausnahme der wenigen von mir interviewten Beschäftigten, die bei einem oligopolistischen Endhersteller der Automobilindustrie arbeiteten, fand sich diese Sondersituationsdeutung in den Interviews nicht, auf deren Grundlage ich die Deutungsmuster rekonstruiert habe. In mehr oder weniger starkem Maße erlebten meine Gesprächspartner*innen Anspruchsverletzungen – ob nun an guten Arbeitsbedingungen, guten Löhnen oder der Möglichkeit gute Arbeit leisten zu können. Von einer »generalisierten Sondersituations-

deutung« ließe sich allenfalls mit Blick auf die Bewertung der eigenen gesellschaftlichen Soziallage sprechen, die die Interviewten vornahmen. Doch dazu gleich mehr. Zunächst zu einem wichtigen Unterschied: In den qualitativen Kurzinterviews, die mit Beschäftigten aus Krankenhäusern, eines Endherstellers der Automobilindustrie und des ÖPNV geführt wurden, dominierten im Unterschied zu den Deutungsmusterinterviews mittlere und obere Zufriedenheitswerte mit der eigenen betrieblichen Situation.

(2) Die Gesellschaft ist in den Augen der Interviewten sehr ungleich, (3) sie gliedert sich für die Mehrheit – diffus – in eine Ober-, Mittel- und Unterschicht (siehe auch: Sachweh 2010, 34), entscheidend für die Zugehörigkeit ist das verfügbare Einkommen, (4) die mittleren Schichten sind bedroht oder schwinden, (5) sich selbst sehen meine Gesprächspartner*innen ganz überwiegend als Angehörige dieser Mitte, (6) ohne selbst in Not zu sein⁴. Das gilt überwiegend sowohl für die Beschäftigten, mit denen im Rahmen der qualitativen Kurzbefragung gesprochen wurde, wie für diejenigen, mit denen ich Problemzentrierte Interviews geführt habe. Die Selbstverortung in der Mitte nahmen die Beschäftigten aus der Industrie, den Handelslagern und den Krankenhäusern überwiegend ähnlich vor, unten stufte sich kaum jemand ein. Meine Befunde bestätigen in dieser Hinsicht auch andere Ergebnisse der jüngeren Lohnabhängigenbewusstseinsforschung, die auf den weit verbreiteten Eindruck sozialer Polarisierungstendenzen hinwies (Dörre/Matuschek 2013, 43). So hatten auch Forscher*innen des IfS München und des SOFI Göttingen 2015 bereits mit Blick auf verbreitete Gesellschaftsdeutungen festgestellt, dass bei den befragten Beschäftigten Eindrücke gesellschaftlicher Verschlechterung, eines sozialen Auseinanderdriftens und eines Wachstums prekärer Arbeitsverhältnisse weit verbreitet waren (Kratzer/Menz/Tullius/Wolf 2015, 401).

»Vom charakteristischen wachstumsorientierten und lange nachwirkenden Nachkriegsoptimismus in Deutschland – der Wohlstand wird steigen, die Arbeit wird besser abgesichert und ›humaner‹, die Chancen auf soziale und ökonomische Teilhabbe größer werden usw. – ist nicht mehr viel übriggeblieben.« (ebd.)

Zukunftsoptimistische Deutungen, das legen auch die Ergebnisse der Deutungsmusteranalyse nahe, scheinen erodiert. Das legen auf etwas widersprüchlichere Weise auch die Deutungstendenzen nahe (siehe Kap. 5.2), die ich im Rahmen der qualitativen Kurzbefragung herausgearbeitet habe. Zwar wurde die Gesellschaft auf der Basis von Problemrelativierungen (Vergleiche mit Lohnabhängigen in schlechteren Soziallagen) keineswegs katastrophisch gedeutet, wurden das erreichte Wohlstands niveau und sozialstaatliche Errungenschaften gewertschätzt. Aber auch hier dominierte der Eindruck, die Schere zwischen Arm und Reich ginge weiter auseinander, die soziale Mitte schwunde. Insofern lässt sich durchaus von weit verbreiteten pessimistischen Wahrnehmungen sprechen, von Kritiken an einer sozialen Polarisierung, von der aber – in den Augen des

4 Zu bedenken ist der Befund der qualitativen Ungleichheitsforschung, dass sich das Gros der in Studien Befragten i.d.R. in der sozialen Mitte einstufen (oder entsprechenden Werten/Kategorien, die vorgegeben werden) (Sachweh 2010, 63), zum Teil, weil das Wissen verbreitet ist, dass man selbst nicht zur Oberschicht gehört, zum stigmatisierten Unten aber nicht gehören will (ebd., 57).

Gros der Befragten – andere betroffen sind. In diesem Sinne bestätigen und widersprechen meine Befunde empirischen Ergebnissen einer Forscher*innengruppe um Milena Prekodravac und Stefan Rüb, die Gesellschaftsbilder von Ehrenamtlichen der IG Metall untersucht hat.

»Ausgeprägte dichotome Gesellschaftsvorstellungen mit einer klar konturierten Gegnerschaft haben an Stellenwert verloren. Die Ehrenamtlichen nehmen sich zwar in einer von sozialer Ungleichheit und Spaltungen durchzogenen Gesellschaft wahr, sie positionieren sich aber nicht auf einer Seite. Sie sehen sich vielmehr als Teil einer integrierten gesellschaftlichen Mitte.« (Kuhlmann/Prekodravac/Rüb/Vogel 2022, 8).

Anders als die Autor*innen darstellen, zeichnet sich in meinen Befunden aber gerade keine »schwindende Dichotomie« ab, im Gegenteil – Polarisierungsvorstellungen sind weit verbreitet, und auch die Unterscheidung zwischen Oben und Unten ist dominant. Rüb, Prekodravac und Co. definieren Dichotomie eng als »Kampf und erbitterte Gegnerschaft«, nicht als durch Interessengegensätze und Polarisierungswahrnehmungen geprägte Deutungsweise – jede Orientierung an Mitsprache, Aushandlungen und Ausgleich wird denn auch als Beleg für gesellschaftliche Integration gewertet (ebd., 7). Zumindest die von mir rekonstruierten Deutungsmuster eint, dass in ihnen – auf je sehr unterschiedliche Art und Weise, die ein unterschiedliches Konfliktpotenzial bergen – der Eindruck verbreitet ist, dass das gesellschaftliche Miteinander gestört ist.

(7) Oliver Nachtwey hat darauf hingewiesen, dass eine neue demokratisch-soziale Konfliktkonstellation in der heutigen Gesellschaft entstanden ist. Ursächlich sei einerseits der Abbau sozialer (sozialstaatlich fixierter) Rechte und wachsende Ungleichheit, andererseits die Beschneidung politischer Bürgerrechte, etwa wenn Politiker*innen gegen Mehrheitsmeinungen Entscheidungen treffen oder durch Privatisierungspolitiken der Einflussbereich demokratischer Politik eingeschränkt wird (Nachtwey 2016, 228). Aus dieser demokratisch-sozialen Konfliktkonstellation entstehen sowohl rechte als auch linke Formen des Aufbegehrens, so Nachtwey (ebd., 213f.). Sie eint, dass sie mit der heutigen Demokratie unzufrieden sind, scharfe Kritik an Politiker*innen, aber auch an Parteien und Institutionen formulieren. In Kapitel 5.1.3 habe ich auf quantitative und qualitative Forschungsergebnisse hingewiesen, die ein entsprechendes Unbehagen an der Politik, teilweise auch an der Demokratie dokumentieren.

Auch meine Befunde belegen das. Mit »der« Politik bzw. den Parteien und Politiker*innen ist der Großteil der von mir Befragten keineswegs zufrieden, auch wenn sich dahinter politisch sehr Unterschiedliches verbirgt. Auch das Gros der von mir befragten Beschäftigten beklagten eine »fehlende Responsivität«, ein mangelhaftes Aufgreifen der Interessen und Anliegen der gewöhnlichen Leute bzw. eine Bevorzugung von Interessen derjenigen, die sich an der Spitze der Gesellschaft befinden (ähnlich: Beck/Westheuser 2022, 306). Wirklich scharfe »populistische« (im analytischen Sinne) und popular-demokratische Kritiken an politischen Parteien oder Politiker*innen finden sich dagegen nur bei einem Teil der Interviewten.

Meine Befunde widersprechen damit auch einem pointierten Befund der jüngeren Krisenbewusstseinsforschung, auf den ich bereits in Kapitel 5.1.3 eingegangen bin. In

ihrer Studie »Rechtspopulismus und Gewerkschaften« war eine Autor*innengruppe um Dieter Sauer auf ein politisches Bewusstsein bei Arbeiter*innen gestoßen, in dem der Staat als eine Art feindliche Institution wahrgenommen wurde (Sauer/Stöger/Bischoff/Detje/Müller 2018, 196) und Anti-Establishment-Haltungen verbreitet waren (ebd., 154). Bei einem Teil der von ihnen befragten Beschäftigten, die in einer Branche arbeiteten, die dem Strukturwandel unterworfen war, war auch eine Jenaer Forschergruppe auf ähnliche populistische Deutungen gestoßen, die mit einer »resignativen Abkehr« von der Politik (Bose/Köster/Lütten 2018, 218f.) verbunden waren. In den Gesprächen, die ich geführt habe, zeigten sich solche Deutungen durchaus, etwa in den Deutungsmustern Sozialrebellischer Nationalismus oder Exklusiver Sozialpopulismus. Insgesamt bin ich aber auf ein deutlich breiteres und ausdifferenzierteres Spektrum politischer Haltungen gestoßen, zu denen auch die popular-demokratischen und liberal-demokratischen Orientierungen gehörten, die für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, die Ökologie-Zuerst-Bewegten, die (Enttäuschten) Sozialliberalen und die Leistungsorientierten Sozialkonservativen typisch waren (siehe unten). Beschäftigte mit einer liberal-demokratischen Haltung waren durchaus unzufrieden, teilweise sogar frustriert mit etablierten Parteien. Von einer Abwendung von der Politik oder gar der Demokratie im populistischen Sinne konnte aber keine Rede sein. Ähnlich und doch ganz anders verhält es sich mit den Beschäftigten, die popular-demokratisch argumentieren, also nicht nur kritisch auf die als sehr groß empfundene soziale Ungleichheit blicken, sondern zugleich die Macht des großen Geldes im politischen Feld skandalisieren – aber mit demokratischem Gestaltungswillen und eher differenziert urteilend über verschiedene Parteien.

Eine fortschrittliche Politisierung der von Nachtwey skizzierten demokratisch-sozialen Konfliktkonstellation wäre am ehesten durch diese Beschäftigten zu erwarten. Allerdings gilt auch für Popular- und Liberaldemokrat*innen: Zukunftsoptimistisch waren diese weitgehend nicht. Auch hier ist die »[...] Zukunft [...]« kein Optionsraum, der utopische Energien freisetzen [...]« (Bahl/Staab 2015, 381–382) könnte, wenngleich das nicht zu Resignation führen muss. Die konkrete Utopie einer deutlich besseren Zukunft fand sich aber selbst bei den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen nicht. (8) Weit verbreitet jedenfalls ist die Kritik am Lobbyismus. In der Kurzbefragung wurde zudem die Entfremdung zwischen Wahlvolk und Politiker*innen aufgrund der spezifischen Komposition der politischen Klasse thematisiert: Das Bundesparlament ist laut des weit verbreiteten Eindrucks weit davon entfernt, ein Spiegel der Gesellschaft zu sein, »normale« Beschäftigte werden kaum mehr Abgeordnete, es dominieren akademische Berufe, die die Sorgen und Nöte gewöhnlicher Menschen nicht kennen.

(9) Insgesamt bergen diese Deutungen vielschichtige Arten der Sozialkritik. Kapitalismuskritik im Sinne einer Unzufriedenheit mit den heutigen Zuständen ist weit verbreitet. Es wäre aber übertrieben von einem »alltäglichen Antikapitalismus« (Dörre/Behr/Eversberg/Schierhorn 2009, 575) zu sprechen, der weit verbreitet wäre. Verweise auf »den« Kapitalismus oder »das kapitalistische System« gibt es durchaus, aber Kapitalismuskritiken, die etwa den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit betonen oder gar die Funktionsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise zum Thema machen würden (Zoll 1984, 15–59), gibt es – anders als in älteren Untersuchungen

- kaum: Unbehagen am Kapitalismus ja, grundlegendere Kapitalismuskritik allenfalls punktuell.

Die größten kapitalismuskritischen Potenziale finden sich im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie und in der Unterströmung des Musters Ökologie-Zuerst, bei den Klimasozialen. Dass gründlichere Kapitalismuskritik darüber hinaus »kaum« verbreitet ist, soll in diesem Zusammenhang bedeuten, dass Erklärungen, die wahrgenommene Probleme auf die Produktionsweise in tastender oder entwickelter Form zurückführen, zwar vorkommen, aber eben nicht typisch sind. Auffällig ist dabei, dass ein popularisiertes, aber ausgearbeitetes politisch-ideologisches Bezugssystem in den Gesprächen, die ich geführt habe, kaum sichtbar wurde. Solche Deutungsangebote stiften Sinn, sie stellen Zusammenhänge her und legitimieren Handeln, ob nun in der Form eines vereinfachten Marxismus oder Keynesianismus. Die Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung wirkte in der Vergangenheit daran mit, derartige Bezugssysteme zu verbreiten. Ihre Ausarbeitung und Verbreitung war ein wichtiger Beitrag zum Aufbau dieser Bewegungen und zur politischen Befestigung der Arbeiter*innenklasse (Beaud/Pialoux 2004, 276) – wenngleich bereits in den 1970er und 80er Jahren auf die Erosion gerade »marxistisch-sozialistischer Gesellschaftsinterpretationen« in der Arbeiterschaft hingewiesen wurde (Kern/Schumann 1985, 306). Auch das ist eine Gemeinsamkeit über fast alle rekonstruierten Deutungsmuster hinweg: Ein solches politisch-ideologisches Bezugssystem fehlt (unabhängig davon, wie es aufgebaut und inhaltlich strukturiert wäre), am ehesten finden sich Spuren davon im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie und bei der Unterströmung der Klimasozialen.

Überraschend war für mich hingegen, wie viele Gesprächspartner*innen (10) von sich aus Klimawandel bzw. Umweltzerstörung als ein dringliches Problem unserer Zeit zur Sprache brachten, auch wenn dies weniger typisch war als die vorher genannten Deutungen. Insofern scheinen auch meine qualitativen Befunde ein in Kapitel 5.1.5 diskutiertes Ergebnis zu bestätigen: Klima- und Umweltsorgen haben sich über die sozialen Schichten hinweg verallgemeinert. In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung, die Nancy Fraser über die Mehrdeutigkeit und Widersprüchlichkeit des heutigen ökologischen Zeitgeistes gemacht hat, interessant. Klimasorgen und die Vorstellung, mehr bzw. bessere Klimapolitik sei nötig, haben sich weit verbreitet, in der politischen Debatte ist das Problem allgegenwärtig. Zugleich gehen die Vorstellungen darüber, was eigentlich das Problem genau ist, und wie es gelöst werden kann, weit auseinander (Fraser 2022, 76–77).

Ähnliches lässt sich darüber sagen, wie meine Interviewpartner*innen über Klimawandel und Klimapolitik sprachen. Im empirischen Material, das ich in Kapitel 5.3 dargelegt habe, wird deutlich, dass die Sorge um die ökologischen Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen einen nennenswerten Teil der Befragten antreibt. Teilweise zeichnete sich in den langen Gesprächen ein hohes Dringlichkeitsgefühl ab. Hier kris-tallisieren sich klare »Klima- und Umweltschutzinteressen von unten« heraus. Die Sicht auf Klimawandel und -politik unterscheidet sich aber durchaus und insbesondere ihre politische Bedeutung ergibt sich aus der Einbettung in das Ensemble der Gesellschafts- und Politikdeutungen, die für die einzelnen Deutungsmuster typisch sind, die ich rekonstruiert habe (siehe Kap. 6.2.2).

In der Tendenz drückt sich dabei auch ein Unterschied aus, der mit der unterschiedlichen Abhängigkeit der interviewten Beschäftigten vom fossilen Kapital verbunden ist. Stärkere Zukunftsängste, die in der jüngeren Transformationsdebatte als Teil einer »automobilen Mentalität« ausgewiesen wurden (Tullius/Wolf/Vogel 2023, 36) drückten unter meinen Gesprächspartner*innen insbesondere (Enttäuschte) Sozialliberale aus, die überwiegend in der Wertschöpfungskette Automobil ihr Auskommen fanden. Interessant ist es m.E. darüber hinaus, meine Befunde ins Verhältnis zu Forschungsergebnissen zu setzen, die Dennis Eversberg vorgestellt hat. Eversberg hat auf der Basis einer Sekundäranalyse repräsentativer Daten zum Umwelt- und Naturbewusstsein drei politische (sozial-ökologische) Lager herausgearbeitet, die sich unter anderem hinsichtlich ihrer Haltung zu Klima- und Umweltschutz deutlich voneinander unterscheiden. Während ein eher antiökologisches Lager insbesondere von älteren, manuell arbeitenden und gering bis mittelmäßig verdienenden Beschäftigten bevölkert wird, finden sich unter den sog. Ökosozialen vor allem Hochqualifizierte, gut qualifizierte jüngere Menschen, die selbst noch nicht erwerbstätig sind und Beschäftigte aus den Kultur- und Sozialberufen (Eversberg 2023, 143f.). Unter Ökosozialen sind »[...] Vorstellungen einer umfassenden, an Nachhaltigkeitskriterien orientierten Transformation [...]« besonders weit verbreitet (ebd., 146), während Resignativ-Autoritäre eher »[...] eine Abwehrhaltung gegenüber ökosozialen Anliegen [...]« (ebd.) einnehmen. Ein drittes Lager besteht schließlich aus Angehörigen der gut gesicherten sozialen Mitte bzw. des gesellschaftlichen Oben, die über hohe Haushaltseinkommen verfügen – das sog. liberal-steigerungsorientierte Lager ist zwar verbal offen gegenüber Klimaschutzanliegen, lehnt aber Veränderungen ab, »[...] die die eigene Lebensweise beträfen.« (ebd., 147) Ausgemachte Ökosoziale finden sich als Minderheit auch – siehe unten – in meiner Untersuchung, wirkliche Anti-Ökolog*innen dagegen kaum. Das Gros meiner Gesprächspartner*innen dürfte sich zwischen einem als ökosozial gedachten und einem skeptisch-veränderungsbereiten Pol verorten lassen (inhaltlich, nicht sozialstrukturell). Offen muss auf der Basis meiner Gespräche allerdings bleiben, zu welchen Veränderungen im persönlichen Leben sie bereit wären. Sehr wohl deutlich wurde aber, dass ohne soziale Zukunftsperspektive, ohne greifbare soziale Absicherung sich Fenster der Veränderungsbereitschaft beim Gros der Befragten schnell schließen durften.

Kommen wir zum Wohlfahrtsstaat: (11) Ulrich Beck formulierte einst die These, eine Wohlfahrtsstaatspolitik der Not habe in den hochentwickelten Kapitalismen nach und nach an Grundlage und Bedeutung verloren. Der

»[...] Kampf um das ›tägliche Brot‹ (habe) die Dringlichkeit eines alles in den Schatten stellenden Kardinalproblems (eingebüßt). An die Stelle des Hungers treten für viele Menschen die Probleme der ›dicken Bäuche‹.« (Beck 1986, 27)

Zwar leiden auch heute Menschen Hunger in der Bundesrepublik, ein um die Bekämpfung existenzieller Not gruppiertes Sozialstaatsbewusstsein zeichnete sich in den Interviews, die ich geführt habe, aber tatsächlich nicht ab. Allerdings sind die breiter geteilten Gesellschafts- und Sozialstaatsdeutungen auch weit davon entfernt, sich um »Probleme der dicken Bäuche« zu drehen.

Die Gesellschaft wird als stark ungleich gedeutet. Sozialpolitische Forderungen, die quer zu den Deutungsmustern zu finden sind (wenn auch nicht bei allen Gesprächspartner*innen), beziehen sich insbesondere auf eine faire Alterssicherung, auf ein gemeinschaftsorientiertes Gesundheits- und Krankenhausssystem und eine bessere (zum Teil chancengerechte) Bildungspolitik. Breit geteilt ist das Diktum, der Sozialstaat solle soziale Sicherheit schaffen. In den Deutungsmustern (Enttäuschter) Sozialliberalismus, Leistungsorientierter Sozialkonservativismus und Ökologie-Zuerst wurden außerdem punktuell auch Verstaatlichungen bzw. eine Stärkung des Öffentlichen Dienstes befürwortet. Von einer Delegitimierung des Wohlfahrtsstaates kann insofern, wie auch die in Kapitel 5.1.1 erörterten quantitativen Befragungsergebnisse zeigen, trotz einer langen Periode neoliberaler Politik und Kulturkampfes (siehe Kap. 3.1 und 3.2) keine Rede sein. Allerdings zeichneten sich, ähnlich wie dies z.B. Altreiter, Flecker und Papouschek am Fall Österreich gezeigt haben (Altreiter/Flecker/Papouschek 2022), unterschiedliche Varianten der Solidaritäts- bzw. Sozialstaatsorientierungen ab.

Eine weitreichende sozialpolitische Reform, die gezielt (in der Kurzbefragung) bzw. aufgrund der Relevanzsetzungen meiner Gesprächspartner*innen (Deutungsmusteranalyse) zum Thema wurde, ist das bedingungslose Grundeinkommen. Politische Befürworter*innen unterstreichen i.d.R. den emanzipatorischen Charakter dieser möglichen Reform. Der verstorbene Soziologe Erik Olin Wright etwa meinte:

»Armut wird abgeschafft; Arbeitsverträge nehmen stärker freiwilligen Charakter an, da alle über eine Ausstiegsoption verfügen; die Machtverhältnisse zwischen Arbeitern und Kapitalisten werden weniger ungleich, da Arbeiter im Effekt über einen bedingungslosen Streikfonds verfügen; Menschen sind eher befähigt, kooperative Verbände zur Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen außerhalb des Marktes und im Dienste menschlicher Bedürfnisse zu gründen, da eine solche Tätigkeit den Beteiligten keinen rudimentären Lebensstandard mehr sichern muss.« (Wright 2017, 44)

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens stieß unter den in der Kurzbefragung interviewten Beschäftigten häufig auf große Skepsis und Ablehnung, wenngleich ihre Meinung nicht zu einem konkreten Reformkonzept erfragt wurde (ebenso wenig in der Deutungsmusteranalyse), sondern lediglich die Idee eingebracht wurde. Diese allein provozierte. Dass jemand ein gutes Leben führen könnte, ohne eine Gegenleistung in Form von Lohnarbeit zu erbringen (bzw. bereit zu sein, diese zu erbringen), verstieß gegen den Leistungs- und Gerechtigkeitssinn vieler. Aber eben nicht aller. Eine relevante größere Minderheit der Kurzbefragten zeigte sich offen oder gab sich gar als Anhänger dieser Idee – und unter den Gesprächspartner*innen, die ich im Rahmen der Deutungsmusterstudie interviewt habe, führten einige Ideen und Begründungen für ihre Befürwortung ins Feld, die den Argumenten von Wright sehr ähnelten. Typisch für ein Deutungsmuster ist die offene Haltung gegenüber oder die Befürwortung des Grundeinkommens allerdings nicht. Am ehesten finden sie sich unter den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen.

(12) Abschließend möchte ich unterstreichen was nicht im Zentrum der Kritiken stand, die meine Gesprächspartner*innen formuliert haben. Linda Beck und Linus Westheuser

haben auf der Basis einer qualitativen Studie über das Unrechtsbewusstsein von Produktionsarbeiter*innen nachgezeichnet, dass dieses um soziale Ungleichheit, politische Machtungleichheit und Missachtung kreist, ganz ähnlich, wie es meine bisher dargelegten Befunde zeigen. Kulturelle Stellungskämpfe, wie sie teilweise in der Soziologie (Koppetsch 2019, 126f.) unterstellt werden, zwischen eher gemeinschaftsorientierten Locals und einer kosmopolitischen Mittel- und Oberklasse (kritisch: Mau 2022, 16–17), zeichnen sich dagegen auch in meinen Befunden nicht ab (Beck/Westheuser 2022, 307). Für keines der von mir rekonstruierten Deutungsmuster spielen derartige Spaltungslinien eine Rolle – im Unterschied zu migrations- und einwanderungskritischen bzw. -feindlichen, aber auch antifaschistischen Orientierungen. Polarisierend wirkt insofern am ehesten die »Migrationsfrage« (Mau/Lux/Gülzau 2020, 339).

6.2.2 Auf den Zusammenhang kommt es an: Politischer Gehalt der Deutungsmuster

Soweit zu Deutungen, die weit verbreitet sind und insofern auch verbinden könnten. Zugleich zeichneten sich in der Deutungsmusteranalyse aber wichtige ideologische Unterschiede ab, die der Grüne Sozialismus als Bewegung und Projekt berücksichtigen muss. Denn was genau all diese Deutungen bedeuten, welche politische Potenz damit jeweils verbunden ist, hängt davon ab, in welche umfassendere Deutungsmuster sie jeweils eingebettet sind.

Auf einem Linksrechtsspektrum vorgestellt, stellen die beiden Muster Soziale Gemeinwohldemokratie und Sozialrebellischer Nationalist⁵ Antipoden dar, deren Träger*innen sich zwar in bestimmten Formen des sozialen Konfliktes gemeinsam mobilisieren (lassen), sich aber nur sehr schwer für ein gemeinsames politisches Projekt gewinnen lassen. Während etwa einzelne Gesprächspartner*innen, die ich hatte, trotz dieser sich antagonistisch verhaltenen Deutungsmuster gemeinsam streikten (gemeinsamer Nenner: gegen das konkrete Oben im Unternehmen, Wunsch nach angemessener Behandlung usw.), gehen die Vorstellungen darüber, wie eine »gute Gesellschaft« aussehen sollte, doch deutlich auseinander.

Die Gedanken des Sozialrebellischen Nationalisten kreisen um Gefühle der Benachteiligung, insbesondere um das Gefühl der Benachteiligung gegenüber Migrant*innen, die als Bedrohung wahrgenommen werden, Nationalismus ist dabei prägend. Zentral

⁵ Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass ich zwei der Deutungsmuster lediglich anhand eines einzelnen Beschäftigteninterviews rekonstruiert habe, den Sozialrebellischen Nationalismus und den Exklusiven Sozialpopulismus. Aufgrund älterer Forschungsergebnisse aus der Rechtspopulismusforschung, aber auch eigenen Befunden zum sog. Sozialpopulismus (Goes 2015) einerseits, migrationskonservativen Deutungstendenzen in der qualitativen Kurzbefragung andererseits gehe ich aber davon aus, dass beide gesellschaftlich weit verbreitet sind und deshalb politisch relevant sind. Für die Interpretation der folgenden Ausführungen ist allerdings wichtig in Rechnung zu stellen, dass die »größten« Deutungsmuster die der Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, der Leistungsorientierten Sozialkonservativen, der (Enttäuschten) Sozialliberalen und der Ökologie-Zuerst-Bewegten waren. Da meine Untersuchung »nur« auf 40 Problemzentrierten Gesprächen und 34 Kurzinterviews beruht, lässt sich kaum etwas darüber schlussfolgern, wie verbreitet diese Deutungsmuster gesellschaftlich tatsächlich sind.

ist eine nationalidentitäre Opfergeschichte, die eng mit Erfahrungen sozialer Benachteiligung in Betrieb und Gesellschaft verbunden ist. Dieses Deutungsmuster bietet für das Projekt des antiökologischen autoritären Nationalradikalismus starke und klare Anknüpfungsmöglichkeiten. Nicht zuletzt gilt das für die populistische Deutung des politischen Feldes. Ähnlich wie Soziale Gemeinwohldemokrat*innen spricht auch der Sozialrebellische Nationalist von einer großen Macht des großen Geldes, bei ihm ist es eine Übermacht. Er sieht sich als Opfer eines Machtkomplexes, hinter dem die Wirtschaft steckt – zwischen politischen Parteien wird kaum unterschieden, demokratische Gestaltungsmöglichkeiten werden nicht gesehen. Sozialstaatsansprüche spielen eine eher untergeordnete Rolle. Wie auch von Forscher*innen herausgestellt wurde, die sich mit der Parteidifferenz von Arbeiter*innen auseinandergesetzt haben: Nicht die schwierige Arbeitssituation oder die schwierige soziale Lage erklären diese Offenheit für den antiökologischen Nationalradikalismus, sondern das Vorherrschen eines starken Anti-Universalismus (Bornscher/Kriesi 2013, 22), der dieses Muster prägt. Es ist ein Anti-Universalismus, der auf Hierarchisierungswünschen (Ich/Wir zuerst) beruht, und in dieser Form nicht bei anderen Gesprächspartner*innen zu finden war, die in einer ähnlichen Lage waren.

Für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen ist hingegen eine scharfe Sozialkritik charakteristisch, die sich auf Betrieb und Gesellschaft bezieht. Leitideen sind soziale Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Dieses Muster kristallisiert sich um Oben-Unten-Gegensätze, der normative Horizont ist eine Art Gemeinwohldemokratie, in der die Interessen der Beschäftigten befriedigt werden, Demokratie ausgeweitet ist. Es dominiert eine kritisch-egalitäre Sicht auf die Gesellschaft. Charakteristisch sind Deutungen, wonach »[...] die gesellschaftliche Position einer Person von ihrer sozialen Herkunft abhängt« (Sachweh 2010, 37) bzw. sozialer Aufstieg kaum oder nur unter (sehr) erschwerten Bedingungen möglich ist. Zwischen der eigenen sozialen Lage (bzw. derjenigen, die sich unten in der Gesellschaft befinden) und der Lage derjenigen, die sie an der Spitze der Gesellschaft sehen, stellen Gemeinwohldemokrat*innen einen ursächlichen Zusammenhang her – auch wenn sie dafür nicht auf elaborierte Erklärungen zurückgreifen. Typisch ist darüber hinaus eine popular-demokratische Haltung gegenüber Politiker*innen und Parteien. Soziale Gemeinwohldemokrat*innen, die sowohl in der Industrie, in Krankenhäusern wie im Handel beschäftigt waren, sehen nicht nur große materielle Ungleichheit im Land, sie diagnostizieren auch eine ungleiche Verteilung politischer (Einfluss-)Macht, die mit der Ballung des Wohlstands zusammenhängt. Trotzdem sind in ihren Augen nicht alle Katzen grau, Soziale Gemeinwohldemokrat*innen beurteilen Parteien durchaus unterschiedlich. Popular-demokratische Orientierungen nähren Gestaltungsansprüche. Klimawandel und Klimaschutz spielen für Gemeinwohldemokrat*innen zum Teil durchaus eine wichtige Rolle. Er soll aber nicht auf Kosten »der einfachen Leute« erfolgen, Klima und Ungleichheit werden zusammengedacht. Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat sind in diesem Deutungsmuster besonders ausgeprägt, an sozialem Schutz, Umverteilung, Bildung und einer Politik des Öffentlichen. Für das Projekt des Grünen Sozialismus bietet dieses Deutungsmuster die größten Anknüpfungspunkte.

Das Muster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen und der Sozialrebellische Nationalist verhalten sich, wie gesagt, antagonistisch zueinander. Sie bilden die jeweils dünnen Pole eines breiteren Spektrums von Deutungsweisen. Im Muster Die Ökologie-Zuerst-Bewegten finden sich ebenfalls klare Kritiken an sozialen Missständen in Deutschland, ökologische Probleme werden aber als brisanter wahrgenommen. Kurz: Soziale Gerechtigkeit ist durchaus wichtig, auch Bezüge auf Gleichheit, aber wichtiger ist die Bewältigung der Klimakrise. Eingebettet sind diese Problemwahrnehmungen in ein Gesellschaftsbild, das durchaus von Oben-Unten-Unterschieden (nicht unbedingt: Gegensätzen) geprägt ist. Ökologie-Zuerst-Bewegte waren überwiegend Beschäftigte in Krankenhäusern und Lagern des Handels (wenn auch nicht ausschließlich). Dieses Muster ist aus zwei Unterströmungen zusammengesetzt, den Klimasozialen und den Ökopragmatikern, die sich in einigen wichtigen Punkten voneinander unterscheiden. Klimasoziale formulieren eine deutlichere Kritik der materiellen Ungleichheit und haben ein ähnlich popular-demokratisches Verhältnis zu Politiker*innen und Parteien wie Soziale Gemeinwohldemokrat*innen. Man könnte auch sagen, dass Klimasoziale in Richtung Gemeinwohldemokrat*innen neigen. Anders dagegen die Ökopragmatiker*innen, für die eine eher liberal-demokratische Haltung und pragmatische Gestaltungsorientierung typisch sind. Die Ökopragmatiker*innen neigen stärker in Richtung eines anderen Musters, auf das ich im Folgenden eingehe, zum (Enttäuschten) Sozialliberalismus. Die Sozialstaatsorientierungen beider Unterströmungen sind entsprechend verschieden, die Klimasozialen sind offen für eine ähnlich offensive Sozialstaatsreform wie die Gemeinwohldemokrat*innen, die Wünsche der Ökopragmatiker*innen zirkulieren um eine schützende und befähigende Sozialstaatspolitik. Die beiden Strömungen des Deutungsmusters sind für unterschiedliche politische Projekte ansprechbar, in erster Linie orientieren sich die Interviewten, bei denen sich dieses Muster fand, am Projekt des Ökologischen Sozialliberalismus. Die Klimasozialen sind allerdings offener für eine linkssozialdemokratische, möglicherweise eine sozialistische Variante des Green New Deal, während die Ökopragmatiker*innen eher dem marktwirtschaftlichen Green New Deal (Kap. 2.3) zuneigten.

Der (Enttäuschte) Sozialliberalismus verhält sich zum Muster Die-Ökologie-Zuerst-Bewegten fast spiegelverkehrt. Zentral ist eine deutliche, wenngleich nicht radikale Sozialkritik, sowohl an betrieblichen Managementpraktiken, als auch an sozialer Ungleichheit. Wenngleich radikale Vorgehensweisen abgelehnt werden, gibt es ein Verlangen nach Veränderung. Eine Offenheit gegenüber ökologischen Fragen ist vorhanden, allerdings sind zukunftsfechte Arbeitsplätze und die Sicherung des ohnehin bescheidenen Lebensstandards in diesem Deutungsmuster Bedingungen dafür, dass Klimaschutz befürwortet wird. Der Eindruck, dass Klimaschutz dringlich ist, ist deutlich schwächer als im Muster Ökologie-Zuerst, die Skepsis ist ausgeprägter als im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie. Eingebettet sind diese Orientierungen in ein Gesellschaftsbild, in dem zwischen Oben, Mitte und Unten unterschieden wird, ohne dass klare »Die-Gegen-Us-Gegensätze« entstünden. Die Deutung, die Interessen der einfachen Beschäftigten würden vernachlässigt, zieht sich gleichwohl durch dieses Muster – brisant wird diese Enttäuschung nicht zuletzt vor dem Hintergrund ausgeprägter Leistungsbereitschaft. Typisch ist die Orientierung an einem schützenden und befähigenden

genden Sozialstaat. Aber Sozialliberale stehen auch einer punktuellen Ausweitung des Öffentlichen Dienstes und steuerlicher Umverteilungspolitik offen gegenüber. Gleichwohl sind die sozialliberalen Sozialstaatsansprüche bescheidener als etwa im Muster Soziale Gemeinwohldemokratie. Für ein sozialistisches Projekt bietet dieses Deutungsmuster einige Anknüpfungspunkte, es gibt aber auch Hürden. Anknüpfen ließe sich insbesondere an der Sozialkritik und dem Verlangen nach politischen Lösungen, die soziale Gerechtigkeit zum Ziel haben, auch (oder ganz besonders) in der Klimaschutzpolitik. Eine Hürde ist die Ablehnung radikaler Politik. Anknüpfungspunkte für das sozialliberal-grüne Projekt bietet insbesondere auch der teilweise verbreitete Optimismus, durch technologische Innovationen ließe sich der Klimaschutz bewerkstelligen, und die latente Vorstellung, politische und wirtschaftliche Eliten müssten nur wieder gerechtere Politik machen. Aus beidem folgt der Glaube an die Veränder- und Gestaltbarkeit der Verhältnisse – ein Glaube, den auch der Grüne Sozialismus aufgreifen kann. (Enttäuschte) Sozialliberale waren in dieser Studie überwiegend Beschäftigte aus dem Werkzeug- und Maschinenbau bzw. der Wertschöpfungskette Automobil.

Ganz anders in dieser Hinsicht verhält es sich mit dem Deutungsmuster Exklusiver Sozialpopulismus, in dessen Mittelpunkt ebenfalls deutliche Sozialkritiken stehen, sowohl mit Blick auf den Betrieb wie auf die Gesellschaft (z.B. an zu viel Ungleichheit), und in dem sich zugleich und insbesondere ein starker Elite-Masse-Bruch ausdrückt. Die politischen Eliten gehören zu einer anderen Welt, die den Kontakt zum Rest, auf den es eigentlich ankommt, verloren haben. Hierin wurzelt eine gewisse radikale bzw. rebellische Haltung. Dass politische Eliten abgehoben sind, wird auf verschiedene Gründe zurückgeführt, zu denen auch Lobbyismus gehört. Es geht mehr um eine Antihaltung dem Etablierten gegenüber, als um klare Wünsche nach Veränderung der Machtverhältnisse. Von Sozialpopulismus ist die Rede, weil die Ungleichheitskritik in Forderungen einer (moderaten) Umverteilungspolitik und befähigender Sozialpolitik münden. Exklusiv ist dieser Sozialpopulismus, weil er deutliche Abgrenzungen gegenüber Migrant*innen umfasst, die allerdings milder erscheinen als die, die sich durch das Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus ziehen. Insbesondere die starke Kritik an den politischen Eliten, die »den Rest« (Dean 2016, 53) aus den Augen verloren haben, und die Sozialkritik bieten Anknüpfungspunkte für ein links-ökologisches Projekt – die ambivalenten Grenzziehungen öffnen die Tür allerdings auch für ein rebellisch auftretendes konservatives oder ein nationalradikales Projekt.

Ein weiteres wichtiges Deutungsmuster, auf das ich gestoßen bin, ist der Leistungsorientierte Sozialkonservativismus. Leistungsorientierte Sozialkonservative reagieren sensibel auf die Missachtung erbrachter Leistungen bzw. bewiesener Leistungsbereitschaft, sie orientieren sich weniger an Gleichheitsidealen (im Unterschied zu den Gemeinwohldemokrat*innen) als an der Leistungsgerechtigkeit – das aber mitnichten im Sinne einer Ellenbogenmentalität. Zu große Ungleichheit sehen sie kritisch, Unten-Oben-Unterschiede werden wahrgenommen, sie nehmen aber keinen bestimmenden Platz im Deutungsmuster ein. Eine »Solidargemeinschaft der einfachen und fleißigen Leute« zeichnet sich ab. Das politische System, in dem wir leben, wird gewertschätzt, die Wahlerfolge der AfD empfinden Sozialkonservative daher eher als bedrohlich. Trotzdem

sind sie migrationskritisch, typisch sozialkonservativ sind kritische Grenzziehungen gegenüber Geflüchteten. Klimaschutzpolitik stehen sie eher offen gegenüber, für einzelne von ihnen spielt sie aufgrund der eigenen regionalen Heimatverbundenheit sogar eine wichtige Rolle. Klimaschutz versprechen sich Sozialkonservative von einem anderen Konsum, anderen Produkten und technologischer Erneuerung. Deutungen, wonach Klimaschutz gegen den Markt durchgesetzt werden müsste, finden sich nicht, punktuell wohl aber Kritik am Egoismus von Konzernen. Die Ansprüche an den Sozialstaat sind eher bescheiden, gewünscht wird ein befähigender Sozialstaat, tendenziell auch ein schützender. Mit Blick auf die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung ist zu unterstreichen: Gegenüber Erwerbslosen, denen nur begrenzt Leistungsbereitschaft unterstellt wird, wird die Solidarität tendenziell aufgekündigt, das Gros der Interviewten, die auf dieses Deutungsmuster zurückgreifen, wünschen sich in dieser Hinsicht eine strafende Sozialpolitik. Sozialkonservative finden sich unter Industrie-, Pflege- und Handelsbeschäftigten.

Auch die Auseinandersetzung mit milieusoziologischen Befunden hat darüber hinaus (siehe Kap. 5.4) gezeigt, dass gerade in einigen sozialen Milieus der untersten Schichten, die ein Projekt eines Grünen Sozialismus zumindest teilweise für sich gewinnen müsste, autoritäre und fremdenfeindliche Orientierungen verbreitet sind (Brie 2007, 42). Einerseits könnte es aufgrund verbreiteter Ungleichheitskritik und starker Sozialstaatsorientierungen mit sozial- und verteilungspolitischen Reformvorschlägen insbesondere bei (mit Blick auf politische Lager) Sozialintegrativen, Skeptisch Distanzierten, Radikaldemokrat*innen und Resignativ-Autoritätsgebundenen bzw. (mit Blick auf Einstellungstypen) bei Angehörigen der Desillusionierten Arbeitnehmermitte, der Enttäuschten Leistungsträgern, der kritischen Bildungselite und des Abgehängten Prekariats überzeugen.

Tabelle 51: Unten-Mitte-Bündnis (Lager/Einstellungstypen)

	Einstellungstypen	Politische Lager
Mitte	Kritische Bildungselite Missachtete Leistungsträger Desillusionierte Arbeitnehmermitte	Radikaldemokrat*innen Sozialintegrative Skeptisch-Distanzierte
Unten	Abgehängtes Prekariat	Resignativ-Autoritätsgebundene

Quelle: Eigene Darstellung

Aber andererseits können die in diesen Lagern/Typen verbreiteten Haltungen zu Einwanderung und Asyl politisch polarisierend oder gar spaltend wirken. Insbesondere im sog. Abgehängten Prekariat bzw. im Lager der Resignativ-Autoritätsgebundenen finden sich xenophobe und autoritäre Orientierungen, die sich deutlich von denen unterscheiden, die in anderen notwendigen Trägergruppen eines Grünen Sozialismus vorherrschen: beispielsweise innerhalb der Kritischen Bildungselite bzw. dem Lager der Ra-

dikaldemokrat*innen und der Sozialintegrativen (siehe Kap. 5.4.1). Es stimmt aber auch für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, (Enttäuschten) Sozialliberalen und Ökologie-Zuerst-Bewegten aus dem gewerkschaftlichen Milieu. Die Innen-Außen-Spaltung ist deshalb eine zentrale strategische Herausforderung für den Grünen Sozialismus. Das legen auch die Ergebnisse der Wahlforschung nahe, die Wahlerfolge der AfD in unteren Einkommens- und Bildungsschichten gut dokumentiert – gleichzeitig aber zeigt, dass etablierte Parteien und die »Partei der Nichtwähler*innen« hier ebenfalls erfolgreich sind (siehe Kap. 5.1.3 und 5.4). Bei aller gebotenen Differenziertheit: Entscheidend für die Wahl der AfD ist auch bei Angehörigen der unteren Schichten der Arbeiter*innenklasse bei den vergangenen Bundestagswahlen überwiegend die Sorge um/Angst vor zu viel Einwanderung und kultureller Überfremdung gewesen (Kap. 5.4). Das schließt nicht aus, dass auch enttäuschte Sozialprotestwähler*innen für die AfD stimmten. Ausschlaggebend war dieses Motiv beim Gros der neu nationalradikal Wählenden aber nicht.

6.3. Grüner Sozialismus – Was tun?

Diese Schilderung der Möglichkeiten und Herausforderungen, die das zerklüftete Klassenterrain der prekären Zweidrittelgesellschaft und das Feld der popularen Ideologien für unterschiedliche politische Projekte, insbesondere aber das Projekt des Grünen Sozialismus, bietet, wirft die Frage auf, was dieses Projekt leisten müsste, um eine gesellschaftliche Allianz zu schmieden.

Ich möchte meine Überlegungen dazu abschließend in vier Thesen darlegen: Der Grüne Sozialismus braucht eine Vier-in-Eins-Perspektive, besonders wichtig ist das Eintreten für Solidarität und Zusammenhalt, Demokratie, Antifaschismus und Klimaschutz (These 1). Das Projekt müsste eine klare oppositionelle Haltung mit einer überzeugenden Reformpolitik verbinden, insbesondere durch Reformexperimente zeigen, dass die grundlegenden Veränderungen, die es anstrebt, einen Realitätskern haben (These 2). Wichtig ist darüber hinaus, sollen Menschen aus unterschiedlichen Klassenpositionen, verschiedenen Milieus und mit verschiedenen Deutungsmustern gewonnen werden, eine greifbare konkrete Utopie. Nötig ist daher ein linker Republikanismus, für den die Vision der Neugründung des Sozialstaats und Plädoyers für gesellschaftliche Demokratisierung eine zentrale Rolle spielen müssten (These 3). Das Plädoyer für die Demokratisierung der Wirtschaft könnte und sollte ein integraler Bestandteil dieses Linksrepublikanismus sein (These 4). Ich werde mich bei der Plausibilisierung dieser Thesen weitestgehend auf die Ergebnisse meiner eigenen empirischen Untersuchung beziehen.

6.3.1 Vier-in-Eins: Gleichheit, Demokratie, Antifaschismus, Klimaschutz

Um eine gesellschaftliche Allianz aufzubauen, müssen mehrere gesellschaftliche Probleme gleichzeitig aufgegriffen werden, die die Nation und insbesondere die möglichen Trägergruppen dieser Allianz bewegen: Die Diagnose schwindender Solidarität und Gleichheit, das Unbehagen an der Politik, die Angst vor Demokratiezerstörung sowie Rechtsruck und die Sorge um den Klimawandel.